



## Zukunftsdialog Integration

# Gleichberechtigt miteinander leben

---

Am 30. Oktober 1961 wurde das Anwerbeabkommen zwischen Deutschland und der Türkei unterzeichnet. 50 Jahre später ist Deutschland reich an Vielfalt und Erfahrung im Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Sozialisationen. Die vielen Menschen, die aus der Türkei und anderen Ländern in diesen fünf Jahrzehnten nach Deutschland gekommen sind, ihre Kinder und Enkelkinder, haben Deutschland verändert, bereichert und vorangebracht. Drei Millionen türkischstämmige Menschen leben heute in Deutschland. Insgesamt haben 16 Millionen Menschen ausländische Wurzeln – ein Fünftel der Gesamtbevölkerung.

Wir können heute viele Erfolge und Fortschritte im gesellschaftlichen Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft feststellen, stehen jedoch auch vor weiteren und immer neuen Herausforderungen. Deutschland braucht Einwanderung und wird in Zukunft mehr denn je ein plurales Land sein. Deshalb gehören gleichberechtigte Teilhabe und Integration zu den wichtigsten Aufgaben, die sich unserem Land stellen.

Mit dem „Projekt Zukunft – Deutschland 2020“ hat die SPD-Bundestagsfraktion einen Diskussionsprozess zu zentralen Zukunftsfragen unseres Landes begonnen, auf die wir politische Antworten und tragfähige Lösungsansätze erarbeiten. Aufbauend auf dem Integrationskonzept der Fraktion vom Januar 2011 entwickeln wir im Projekt Integration eine Integrationspolitik, die die Chancen von Zuwanderung erkennt, aber auch Versäumnisse benennt und Lösungen aufzeigt. Dafür ist es wichtig, aus erster Hand zu erfahren, wo Probleme und Herausforderungen in der praktischen Integrationsarbeit vor Ort liegen und wie wir sie politisch am besten bearbeiten können.

Deshalb führen wir den Zukunftsdialog Integration: In den nächsten Monaten besuchen wir in unseren Wahlkreisen Einrichtungen aus dem Integrationsbereich, veranstalten Diskussionsrunden und führen das Gespräch mit den Akteuren vor Ort. Unser Ziel ist es, allen Menschen gute Lebensperspektiven und gleiche Teilhabechancen zu eröffnen, unsere Gesellschaft solidarischer und das Land stärker zu machen.

## Inhalt

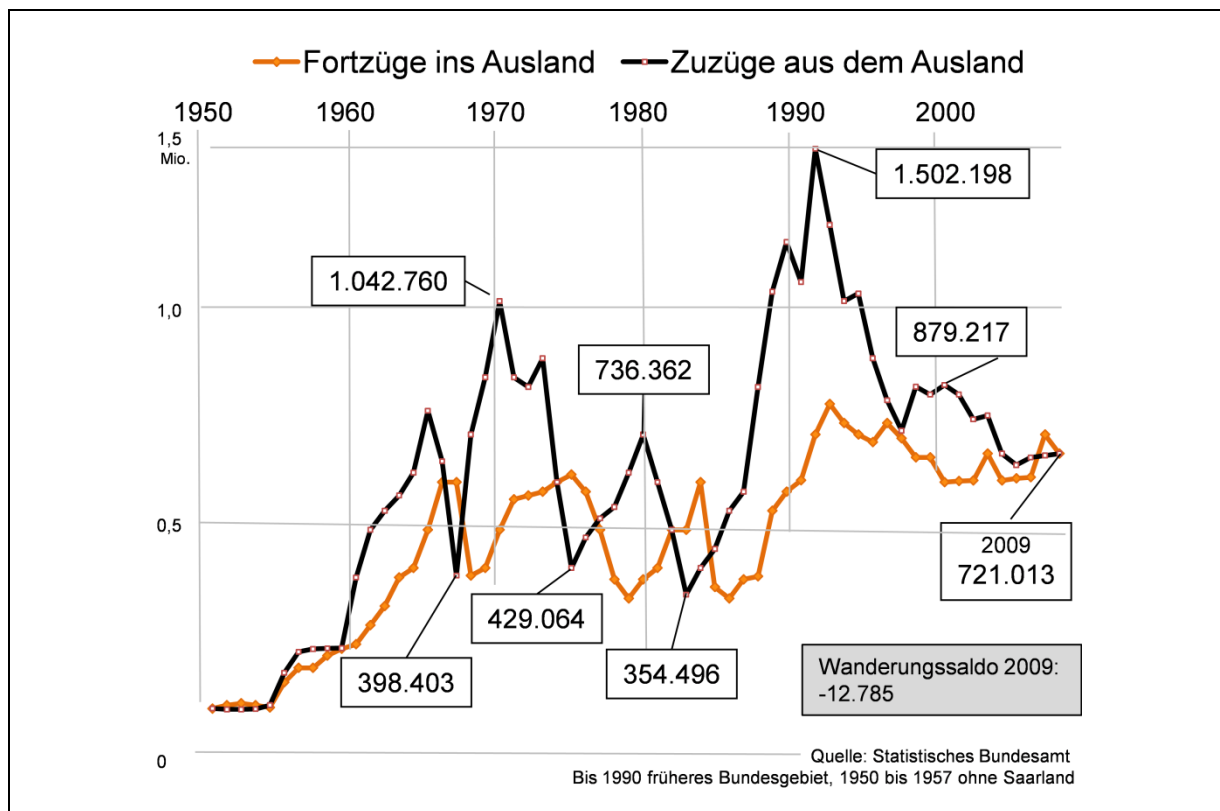
1. Deutschland ist ein Einwanderungsland – und muss es bleiben.....	2
2. Zusammenhalt und Fortschritt durch Integration.....	4
3. Zukunftsdialog Integration.....	6
3.1 Übergang Schule – Ausbildung – Beruf .....	6
3.2 Stadtentwicklung und Soziale Stadt .....	7
4. Schwarz-gelbe Integrationsverweigerung: Populismus statt Miteinander .....	7

# 1. Deutschland ist ein Einwanderungsland – und muss es bleiben

Auch wenn sich CDU und CSU immer noch der Realität verweigern: Deutschland ist ein Einwanderungsland. Fünf Jahrzehnte, nachdem die ersten Gastarbeiter nach Deutschland gekommen sind, leben in unserem Land 7,1 Millionen Ausländerinnen und Ausländer sowie 8,6 Millionen Deutsche mit ausländischen Wurzeln.<sup>1</sup>

Auch wenn noch längst nicht alle Hürden für volle Anerkennung und Chancengleichheit in unserem Land aus dem Weg geräumt sind, hat Deutschland von der Einwanderung in den letzten Jahrzehnten enorm profitiert. Ohne die Arbeitskraft und Wirtschaftsleistung der Zuwanderer könnte Deutschland im internationalen Wettbewerb nicht bestehen.

Dabei hat sich die Zuwanderung im letzten Jahrzehnt verringert. Auf dem Höhepunkt der Zuwanderung zu Beginn der 1990er Jahre wurden noch Zuzüge in Höhe von bis zu 1,5 Millionen Personen pro Jahr registriert, denen Abwanderungen von über 800.000 Personen gegenüberstanden. Im weiteren Verlauf der 1990er Jahre sank die Zahl der Zuwanderer rapide ab und blieb auch im vergangenen Jahrzehnt weiter rückläufig. 2008 und 2009 verließen erstmals seit Anfang der 1980er Jahre mehr Menschen das Land als zu uns kamen (Wanderungssaldo 2008: minus 55.743 Personen; 2009: minus 12.785 Personen). So gehen zum Beispiel inzwischen mehr Menschen aus Deutschland in die Türkei, als aus der Türkei nach Deutschland kommen.

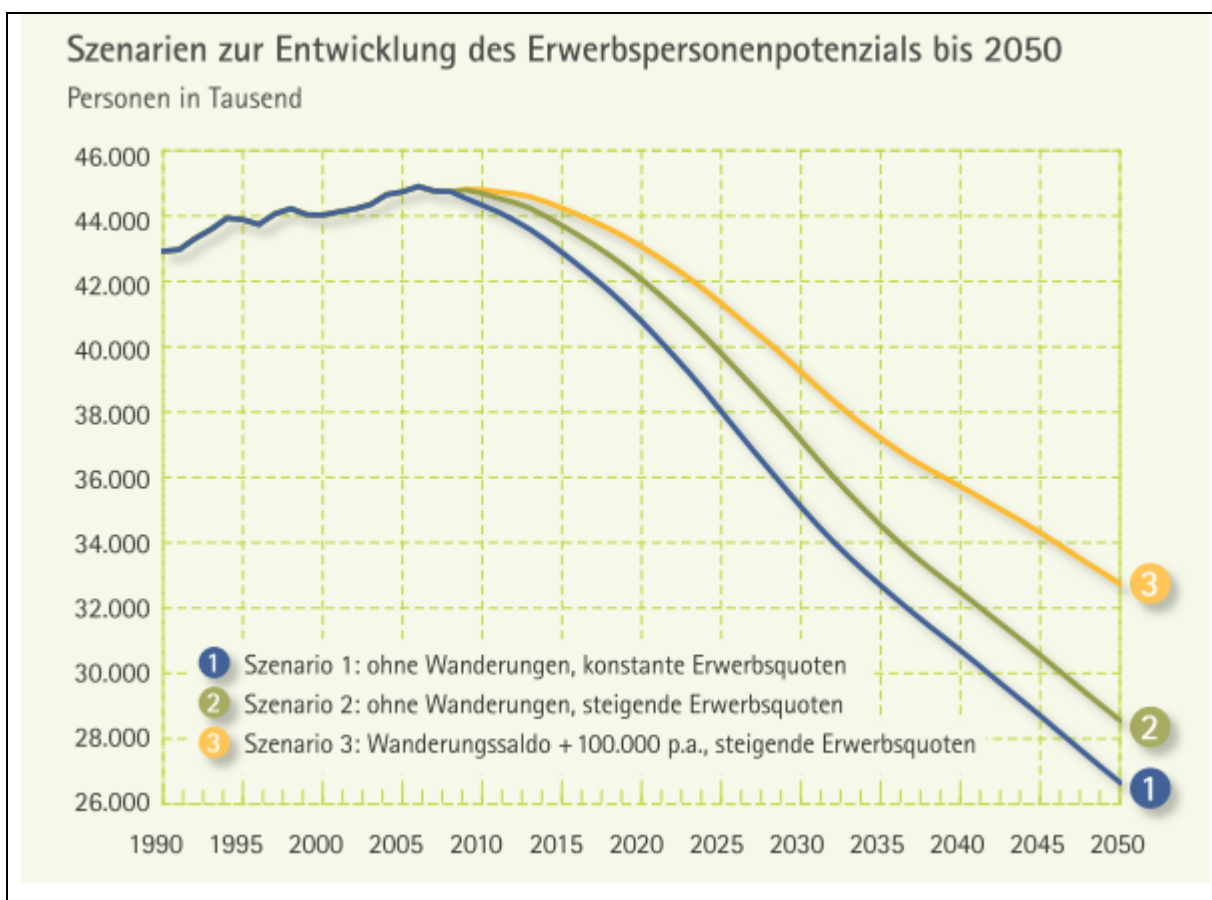


<sup>1</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt 2011: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund: Ergebnisse des Mikrozensus 2010, Wiesbaden, September 2011, <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Fachveroeffentlichungen/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund2010220107004,property=file.pdf>.

Zwar führten zuletzt wieder steigende Zuwanderungs- und sinkende Abwanderungszahlen im Jahr 2010 zu einem positiven Wanderungssaldo von plus 128.000 Personen (Ausnahmen: Türkei -6.000, Schweiz -12.000, USA -2.500).<sup>2</sup> Dennoch bleibt festzuhalten, dass in den letzten Jahren zu viele junge und gut ausgebildete Menschen Deutschland verlassen haben – und im Gegenzug zu wenig gut qualifizierte zugewandert sind.

### Zukunft braucht gezielte Zuwanderung und erfolgreiche Integration

Dabei bleibt Deutschland angesichts der demografischen Entwicklung auch in Zukunft auf Zuwanderung angewiesen. Projektionen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zufolge wird die Zahl der Erwerbspersonen in Deutschland ohne Zuwanderung und bei gleich bleibender Erwerbsbeteiligung von 44,6 Millionen (2010) auf 38 Millionen im Jahr 2025 und 26,7 Millionen im Jahr 2050 zurückgehen.<sup>3</sup>



Quelle: IAB 2011

Für die Sicherung des Fachkräftebedarfs und die Stabilität der sozialen Sicherungssysteme stellt diese Entwicklung eine enorme Herausforderung dar: Ohne politisches Gegensteuern drohen mittel- und langfristig eine Erosion der Finanzierungsgrundlagen unserer umlagefinanzierten Sozialsysteme so-

<sup>2</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt 2011: Wanderungen 2010: Deutlich mehr Personen nach Deutschland zugezogen, Pressemitteilung Nr. 180 vom 09.05.2011.

<sup>3</sup> Vgl. Fuchs, Johann et al 2011: Projektion des Arbeitskräfteangebots bis 2050. Rückgang und Alterung sind nicht mehr aufzuhalten, IAB-Kurzbericht Nr. 16, August 2011, Nürnberg.

wie ein struktureller Fachkräftemangel – mit dramatischen Folgen für Wachstum, Wohlstand und den sozialen Zusammenhalt in Deutschland.

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, brauchen wir eine höhere Erwerbsquote (auch der hier lebenden Migrantinnen und Migranten) sowie einen positiven Wanderungssaldo. Mit anderen Worten: **Die erfolgreiche Integration aller bei uns lebenden Menschen und eine gezielte Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften sind von zentraler Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.** Dies wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, dass selbst bei steigenden Erwerbsquoten und unter der aus heutiger Sicht sehr ambitionierten Annahme einer jährlichen Nettozuwanderung von 100.000 Personen das Erwerbspersonenpotenzial immer noch um 3,3 Millionen auf 41,3 Millionen Erwerbspersonen im Jahr 2025 bzw. um 11,9 auf 32,7 Millionen Erwerbspersonen im Jahr 2050 sinken würde.<sup>4</sup>

## 2. Zusammenhalt und Fortschritt durch Integration

Erfolgreiche Integrationspolitik bleibt ein zentrales Zukunftsprojekt. Es geht darum, eine Kultur der Anerkennung zu verwirklichen, allen Menschen gleiche Chancen zu geben und darin zu bestärken, sich in unserem Land heimisch zu fühlen. Es geht darum, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zwischen Menschen aus vielen Kulturen zu erhalten und auszubauen. Und es geht darum, angesichts des demografischen Wandels die wirtschaftliche Stärke Deutschlands und die Stabilität unserer sozialen Sicherungssysteme langfristig zu erhalten. Die Konservativen mögen sich dieser Einsicht verschließen. Wir nehmen sie als Gestaltungsauftrag an.

Maßstab unserer Integrationspolitik ist die Gleichberechtigung und Selbstbestimmung aller Menschen – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Religion, frei von Armut, Ausbeutung und Angst. Dazu gehört auch, dass wir kulturelle Vielfalt als eine Ressource für den Reichtum unserer Gesellschaft anerkennen und fördern. Wir wollen die Unterteilung in „Ihr“ und „Wir“ überwinden.

Deutschland ist bereits jetzt eine multikulturelle, vielfältige Gesellschaft, in der Integration millionenfach gelungen ist. Zu einer sachlichen Debatte über Teilhabe und Integration gehört für uns aber auch, Versäumnisse und Probleme klar zu benennen und Lösungen anzubieten. Sprachdefizite, fehlende Schulabschlüsse oder Arbeitslosigkeit erschweren noch immer für viele eingewanderte Menschen erfolgreiche Teilhabe und Integration.

Eine zukunftsweisende Integrationspolitik schafft Chancen und Rechte, setzt aber auch klare Regeln. Das Grundgesetz ist dafür das gemeinsame Fundament aller hier in Deutschland lebenden Menschen und der Rahmen für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft.

Mit unserem Integrationskonzept vom Januar 2011 haben wir als SPD-Bundestagsfraktion aufgezeigt, wie der Weg einer ambitionierten Integrationspolitik von allen gemeinsam gegangen werden kann. Wir begreifen Integration als Querschnittsaufgabe, die in allen Politikbereichen berücksichtigt werden muss, vor allem in der Innenpolitik, der Bildungspolitik, der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, der Kultur- und Jugendpolitik und bei der Stadtentwicklung. Zu den zentralen Bausteinen unserer Integrationspolitik gehören folgende Ansätze:

---

<sup>4</sup> Vgl. ebd.

- **Integration heißt Bildung und Teilhabe:** Erfolgreiche Integration setzt zu allererst voraus, dass wir gemeinsam in Deutschland noch mehr dafür tun, allen hier lebenden Menschen gleiche Chancen auf Aufstieg und Teilhabe in der Gesellschaft zu ermöglichen, auf gute Bildung und gute Arbeit. Diskriminierungen schränken noch immer Lebenschancen ein, gerade auch in der Schule und beim Übergang zum Beruf. Wir müssen Benachteiligungen weiter konsequent bekämpfen. Wir müssen mehr für gleiche Bildungschancen tun, beginnend bei der frühkindlichen Bildung und Betreuung bis hin zu Ausbildung und Studium. Wir setzen uns für eine starke öffentliche Bildungsinfrastruktur mit flächendeckenden Ganztagsangeboten in Kita und Schule ein.
- **Integration heißt Sprache:** Sprache ist ein Schlüssel für erfolgreiche Integration. Deshalb wollen wir eine durchgängige Sprachförderung, die in der Krippe und Kindertagesstätte beginnt, in der Schule und Berufsschule fortgesetzt und nötigenfalls auf die Hochschule ausgedehnt wird. Zugleich ist es wichtig, den Wert von Zweisprachigkeit anzuerkennen und gezielt zu fördern. Auch alle Einwanderinnen und Einwanderer, die bereits länger hier leben, müssen die Möglichkeit haben, an Sprach- und Integrationskursen teilzunehmen.
- **Integration ist eine soziale Aufgabe:** Integration hat längst nicht mehr nur mit kulturellen Fragen zu tun, sondern betrifft soziale Unterschiede in unserer Gesellschaft. Viele Herausforderungen sind im Kern soziale Herausforderungen. Ihre Lösung ist daher vor allem eine soziale Aufgabe. Im Diskurs verwischen die Begrifflichkeiten, z.B. wird der Begriff „Migrationshintergrund“ häufig gleichgesetzt mit „hilfebedürftig“, „bildungsfern“ oder „sozial benachteiligt“. Dies stigmatisiert nicht nur viele Menschen „mit Migrationshintergrund“, sondern lässt oftmals den „Integrationsbedarf“ der Deutschen ohne Migrationshintergrund in unsere Gesellschaft unberücksichtigt, zum Beispiel bei der Sprachförderung.
- **Integration heißt staatsbürgerliche Rechte:** Wir wollen den Weg zu echter doppelter Staatsangehörigkeit freimachen. Das Optionsmodell muss abgeschafft werden, damit junge Menschen nicht dazu gezwungen werden, sich zwischen ihren Identitäten zu entscheiden. Außerdem fordern wir ein kommunales Wahlrecht auch für langjährig in Deutschland lebende Menschen, die keine deutsche Staatsangehörigkeit haben und nicht aus einem EU-Mitgliedsland stammen.
- **Integration heißt Miteinander in den Kommunen:** Wir wollen das soziale Miteinander in den Stadtteilen stärken. Die SPD kümmert sich seit Jahrzehnten um soziale Integration vor Ort. Gerade die Städte und Gemeinden sind die entscheidenden Träger für gelingende Integration.
- **Integration heißt Zusammenhalt in religiöser Vielfalt:** Wir brauchen eine Kultur der Anerkennung und Gleichberechtigung auch dort, wo es um das Zusammenleben verschiedener Religionen geht. Die Islamophobie ist dort am geringsten, wo die meisten Alltagskontakte zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen bestehen. Das können wir fördern, indem wir immer wieder deutlich machen, dass auch der Islam zu Deutschland gehört. Gerade auch der Umgang mit der religiösen Vielfalt in Deutschland wird darüber entscheiden, ob es gelingt, Zusammenhalt und Stärkung der Gesellschaft auch in ihrer Pluralität zu erreichen.

### 3. Zukunftsdialog Integration

Mit unserem „Zukunftsprojekt Integration“ entwickeln wir unser Integrationskonzept weiter und bereiten uns damit auf die Regierungsverantwortung vor. Dabei ist es gerade in der Integrationspolitik wichtig, aus erster Hand zu erfahren, wo Probleme und Herausforderungen in der täglichen Integrationsarbeit bestehen. Integration findet vor Ort statt. Deshalb lamentieren wir nicht über „Parallelgesellschaften“, sondern reden direkt mit den Menschen vor Ort.

Mit unserem Zukunftsdialog Integration treten wir in den kommenden Monaten in einen intensiven Austausch mit den Akteuren in den Städten und Gemeinden. Wir werden integrationspolitische Einrichtungen in unseren Wahlkreisen besuchen und Diskussionsveranstaltungen durchführen. Wir wollen konkret erfahren: Was findet wo unter welchen Bedingungen statt? Was funktioniert gut und was gar nicht? Welche Schwierigkeiten tauchen vereinzelt oder immer wieder auf?

Eine herausragende Bedeutung messen wir der Bildungspolitik und der Stadtentwicklung bei. Deshalb bilden diese Themen die inhaltlichen Schwerpunkte unseres Zukunftsdialogs Integration.

#### 3.1 Übergang Schule – Ausbildung – Beruf

Noch immer bestehen Defizite und ungleich verteilte Chancen bei der schulischen und beruflichen Bildung von Kindern und Jugendlichen – leider vermehrt auch bei Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Zu viele bleiben weit unter ihren Möglichkeiten, zu viele verlassen die Schule ohne Abschluss oder scheitern am Übergang zur Berufsbildung: 15 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund haben keinen Schulabschluss, 45 Prozent haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Entsprechend hoch sind die Hürden bei der Integration in den Arbeitsmarkt: Menschen mit Migrationshintergrund im Alter von 25 bis 65 Jahren sind etwa doppelt so häufig erwerbslos wie jene ohne Migrationshintergrund (11,5% gegenüber 5,8% aller Erwerbspersonen) oder gehen ausschließlich einer geringfügigen Beschäftigung nach, z.B. einem Minijob (11,3% gegenüber 6,8% aller Erwerbstätigen).<sup>5</sup>

Um dies zu ändern müssen wir bei der Förderung frühkindlicher Bildungsmaßnahmen ansetzen und dem flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen oberste Priorität beimessen. Die Verwirklichung des Ziels, allen Jugendlichen eine Berufsausbildung zu ermöglichen, darf nicht erst zum Ende der Schullaufbahn beginnen. Vielmehr müssen schon früh Potenziale und Interessen von Schülern erkannt und ernsthaft in schulbegleitenden Orientierungshilfen berücksichtigt werden, z.B. in Form eines regulären Unterrichtsfaches „Berufsvorbereitung“ ab Klasse 7. Zudem muss es für Jugendliche ohne Schulabschluss leichter werden, einen Abschluss auch berufs begleitend nachzuholen. Alle Jugendlichen sollen einen Ausbildungsplatz bekommen – dafür nehmen wir auch die Betriebe in die Pflicht.

Beim Zukunftsdialog werden wir die Anregungen und Vorschläge der Akteure im Bildungsbereich direkt aufnehmen. Wir besuchen Schulen mit Angeboten der „Berufseinstiegsbegleitung“, Überbetriebliche Berufsbildungsstätten oder auch Ausbildungsbetriebe.

---

<sup>5</sup> Vgl. Mikrozensus 2010.

### 3.2 Stadtentwicklung und Soziale Stadt

Mit dem zweiten Schwerpunktthema der Stadtentwicklung greifen wir die besondere Bedeutung von Städten mit ihren meist sehr komplexen Sozialstrukturen auf. Städte stehen im Fokus der Zuwanderungsbewegungen, sie spiegeln im besonderen Maße die heutige Vielfalt der deutschen Gesellschaft wider.

Stadt- und Quartiersentwicklung muss jenen Stadtteilen Aufwind geben, die „abgehängt“ zu werden drohen. Das unter rot-grüner Regierung initiierte Programm „Soziale Stadt“ hat mit einer Mischung aus baulicher Substanzverbesserung und sozial-integrativen Maßnahmen wie Bildungseinrichtungen, aufsuchender Sozialarbeit oder Freizeitangeboten für Jugendliche viel bewegt.

Die schwarz-gelbe Regierung hat die Förderung bei der Stadtentwicklung dagegen drastisch gekürzt. Für die Städtebauförderung stehen 2011 mit 455 Millionen Euro rund 15 Prozent weniger Mittel zur Verfügung. Die Finanzierung des Programms Soziale Stadt wurde um 70 Prozent reduziert (von 95 Millionen auf 28,5 Millionen Euro), sozial-integrative Maßnahmen dürfen überhaupt nicht mehr gefördert werden. 570 Soziale-Stadt-Projekte in über 350 großen und kleinen Städten und Gemeinden werden nicht mit einer Folgeförderung rechnen können. Das ist eine fatale Entwicklung für unsere Städte und die benachteiligten Menschen, die in ihnen leben.

Der Zukunftsdialog soll den Projekten vor Ort, Einrichtungen wie Mehrgenerationenhäuser oder auf lokaler Ebene aktiven Organisationen Gehör verschaffen.

## 4. Schwarz-gelbe Integrationsverweigerung: Populismus statt Miteinander

Schwarz-Gelb hat die Anforderungen an eine zeitgemäße Integrationspolitik nie verstanden. Immer wieder geißeln Vertreter der Koalition einseitig vermeintliche „Integrationsverweigerer“, ohne selbst für die notwendigen integrationspolitischen Angebote zu sorgen:

- **Unterfinanzierung der Integrationskurse:** Union und FDP versäumen es, ein Angebot an Deutschkursen für Migrantinnen und Migranten zu schaffen, das den Bedarf vollständig deckt. Vergangenes Jahr mussten rund 20.000 Migrantinnen und Migranten auf einen Integrationskurs warten, weil Schwarz-Gelb nicht genug Geld für Kurse zur Verfügung stellt. Der Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2012 sieht vor, die Mittel für die Kurse erneut um 24 Millionen Euro zu reduzieren.
- **Verweigerung eines zeitgemäßen Staatsbürgerschaftsrechts:** Statt die doppelte Staatsbürgerschaft einzuführen, zwingt Schwarz-Gelb junge Menschen dazu, einen Teil ihrer Herkunft aufzugeben oder auf grundlegende Bürgerrechte zu verzichten.
- **Fehlanreize statt Bildungschancen:** Statt die Bildungschancen aller Kinder zu verbessern und massiv in den Ausbau der frühkindlichen und schulischen Bildungsinfrastruktur zu investieren, setzen CDU/CSU mit einem „Betreuungsgeld“ für Eltern, die ihr Kind nicht in eine Krippe schicken, auf falsche Anreize, die nicht nur finanzpolitisch unvernünftig sind, sondern auch der Integration schaden. Außerdem wurde in der letzten Sitzungswoche unser Antrag, mit

dem wir die Teilhabe von Flüchtlingskindern am Bildungspaket forderten, von Schwarz-Gelb abgelehnt.

- **Kürzungen bei der Arbeitsförderung:** Statt die Chancen aller Menschen auf Teilhabe am Erwerbsleben zu verbessern, streicht Schwarz-Gelb die Förderleistungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik.
- **Kahlschlag bei der Städtebauförderung:** Statt das Miteinander in den Kommunen zu stärken, trifft die Koalition mit dem Kahlschlag beim Programm „Soziale Stadt“ vor allem Stadtteile und Wohnbezirke, in denen es besonders viele Integrationsprobleme gibt und der Bedarf an Hilfe besonders groß ist.

Schlimmer noch: Schwarz-Gelb weigert sich nicht nur, Chancen zu verbessern und Angebote zu schaffen. Immer wieder bedienen sich vor allem die Konservativen auch einer populistischen Stimmungsmache, die Vorurteile verstärkt, Ressentiments schürt und dem gesellschaftlichen Miteinander schadet.

Wenn Kanzlerin Merkel (CDU) poltert, „Multikulti“ sei „absolut gescheitert“, und Innenminister Friedrich (CSU) erklärt, der Islam werde nie „Teil der deutschen Leitkultur“, dann sind das unverantwortliche Versuche, Feinbilder machtpolitisch auszunutzen. In Wahrheit provozieren Merkel und Friedrich genau das, was sie anprangern: die gesellschaftliche Spaltung in „wir“ und „die anderen“. Das ist Desintegrationspolitik.

Schwarz-Gelb schadet damit den Menschen mit Migrationshintergrund, dem gesellschaftlichen Klima, dem sozialen Frieden und der wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit Deutschlands.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten arbeiten passgenau, praktisch und konkret an den Herausforderungen eines Einwanderungslandes. Wir stehen für eine ambitionierte Politik der Integration, die alle Menschen in unserem Land verbindet. Unser Projekt heißt Zukunft.